

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. November 1985
am Freitag, dem 15. November 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	108, 109	Dr. Klejdzinski (SPD)	41, 42
Bachmaier (SPD)	60, 61	Klose (SPD)	34, 35
Bernrath (SPD)	7, 8	Kolbow (SPD)	25, 26
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	3, 4	Kuhlwein (SPD)	1, 2
Büchner (Speyer) (SPD)	97, 98	Lange (DIE GRÜNEN)	86, 87
Conradi (SPD)	21, 22	Leonhart (SPD)	39, 40
Duve (SPD)	58, 59	Frau Dr. Lepsius (SPD)	48, 49
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	47	Liedtke (SPD)	70, 71
Eigen (CDU/CSU)	72, 73	Lohmann (Witten) (SPD)	13, 14
Ewen (SPD)	79, 80	Lutz (SPD)	56, 57
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	32, 33	Mann (DIE GRÜNEN)	45, 46
Gansel (SPD)	27, 85	Menzel (SPD)	15, 16
Gerstl (Passau) (SPD)	91, 92	Dr. Müller (Bremen) (DIE GRÜNEN)	36
Heistermann (SPD)	37, 38	Müntefering (SPD)	19, 20
Dr. Hirsch (FDP)	93, 94	Frau Odendahl (SPD)	52, 53
Horn (SPD)	28, 29	Paterna (SPD)	5, 6
Dr. Hupka (CDU/CSU)	43, 44	Peter (Kassel) (SPD)	67, 107
Immer (Altenkirchen) (SPD)	77, 78	Ranker (SPD)	17, 18
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	99, 100	Reimann (SPD)	64, 65
Jaunich (SPD)	50, 51	Reschke (SPD)	11, 12
Jungmann (SPD)	30, 31	Schäfer (Offenburg) (SPD)	62, 63
Kirschner (SPD)	81, 82	Dr. Scheer (SPD)	83, 84

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schily (DIE GRÜNEN)	88, 89	Stiegler (SPD)	90, 106
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	9, 10	Ströbele (DIE GRÜNEN)	101, 102
Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	54, 55	Tatge (DIE GRÜNEN)	95, 96
Senfft (DIE GRÜNEN)	104, 105	Vogelsang (SPD)	75, 76
Dr. Sperling (SPD)	23, 24	Werner (Dierstorf) (DIE GRÜNEN)	74, 103
Stahl (Kempen) (SPD)	68, 69	Frau Weyel (SPD)	66

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	20

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

1. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Begründung hat die Bundesregierung dafür, daß geplante zusätzliche Mittel für das Benachteiligten-Programm zu mehr als 60 v. H. in Arbeitsamtsbezirke des Landesarbeitsamtes Bremen-Niedersachsen fließen sollen?
2. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Warum ist die beabsichtigte Verteilung der zusätzlichen Mittel für das Benachteiligten-Programm nicht vor der Verkündung mit den Bundesländern abgestimmt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland im Ausschuß der EG-Botschafter dagegen stimmte, daß durch eine Gemeinschaftsverordnung der EG mit klarer Definition der Export „paramilitärischer Ausrüstung“ und Öl sowie nuklearer Materialien aus der Bundesrepublik Deutschland nach Südafrika sowie die Einfuhr von Uran aus Südafrika in die Bundesrepublik Deutschland verboten wurde und daß bei anderem Stimmverhalten der Bundesrepublik Deutschland diese Gemeinschaftsverordnung der EG-Zollunion für die Bundesrepublik Deutschland verpflichtend geworden wäre (vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. Oktober 1985)?
4. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN) Wann hat die Bundesregierung den Export von HK 33-Gewehren nach Chile genehmigt (vgl. Internationale Wehrrevue 10/85, S. 1683)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-
und Fernmeldewesen**

5. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen nach Kenntnis der Bundesregierung vor einiger Zeit persönlich ein auch vor zuständigen Fachbeamten geheimgelhaltenes Gespräch bei der Firma Knight-Wendling in Düsseldorf über das von ihm in Auftrag gegebene Gutachten „Strategisches Konzept für das Postwesen“ geführt, und wenn ja, was war die Zielsetzung und das Ergebnis dieses für einen Bundesminister einmaligen Schrittes?
6. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welche Personal- und Sachkosten für wie viele Mitarbeiter sind der Deutschen Bundespost durch die Freistellung bzw. Zuarbeit eigener Kräfte bei der Erstellung des Gutachtens „Strategisches Konzept für das Postwesen“ der Firma Knight-Wendling entstanden, und welche werden noch entstehen?

7. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister der Finanzen bei den Verhandlungen zum Stellenplan 1986 der Deutschen Bundespost unter anderem durch Hinweis auf die ungeprüften Feststellungen von Knight-Wendling vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen beantragte und begründete Planstellenvermehrungen abgelehnt hat?
8. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Wann ist mit der angekündigten Stellungnahme des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen zum „Strategischen Konzept für das Postwesen“ zu rechnen, und welches sind die Gründe für die bisher bereits eingetretenen Verzögerungen?
9. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Gerold Tandler, Staatsminister a. D., Generalsekretär der CSU und Fraktionsvorsitzender der CSU im Bayerischen Landtag, Inhaber des Hotels „Zur Post“ in Altötting seit mehr als neun Jahren die Oberpostdirektion München veranlassen will, ihm einen Grundstücksstreifen vom benachbarten Postamt zu überlassen, und welche besonderen Umstände haben den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und seinen Staatssekretär, Dr. Florian, veranlaßt, sich der Sache persönlich anzunehmen?
10. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Antragstellers, die Abgabe des Grundstücksstreifens an ihn läge auch im öffentlichen Interesse, und wie wertet die Bundesregierung die Tatsache, daß sich Dr. Florian gegenüber einem Funktionär der deutschen Postgewerkschaft dahin gehend geäußert hat, er (Florian) hätte sich von seinem Minister Vorwürfe anhören müssen, weil er sich in dieser Sache nicht gegen die Oberpostdirektion durchgesetzt hätte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

11. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Was veranlaßte die Bundesregierung, einen zwischen den einzelnen Bundesministerien nicht abgestimmten Entwurf zum Baugesetzbuch in die Anhörung von Verbänden und Bundesländern, die vom 3. bis 11. Oktober 1985 stattfand, zu geben, und zu welcher Regierungsmeinung haben die Anzuhörenden Stellung genommen?
12. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Welche Ergebnisse hat die Anhörung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 3. bis 11. Oktober 1985 zum Entwurf des Baugesetzbuches gebracht?

- | | |
|--|---|
| 13. Abgeordneter
Lohmann
(Witten)
(SPD) | Ist von der Anhörung der Verbände und Länder zum Entwurf des Baugesetzbuches, die vom 3. bis 11. Oktober 1985 stattfand, eine Auswertung oder ein Wortprotokoll erstellt worden, und steht den Abgeordneten des Fachausschusses die Auswertung oder das Protokoll zur Verfügung? |
| 14. Abgeordneter
Lohmann
(Witten)
(SPD) | Teilt der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau nach der Anhörung vom 3. bis 11. Oktober 1985 die Meinung des Bauausschusses des Deutschen Städtetages, daß der Entwurf lediglich eine Reparaturnovelle sei und keinen Bezug nimmt auf die gegenwärtig und zukünftig zu lösenden Probleme und Aufgaben der Städte und Gemeinden? |
| 15. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Hat der Bundesminister des Innern dem vorliegenden Entwurf zum Baugesetzbuch zugestimmt, und von welchen übrigen Bundesministerien liegen weitere Zustimmungen vor? |
| 16. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, im Bereich der Baugesetze insgesamt auf zwei Drittel aller Paragraphen zu verzichten, und für welche der 189 Paragraphen des Bundesbaugesetzes schlägt der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau konkret Streichung vor? |
| 17. Abgeordneter
Ranker
(SPD) | Wird die Bundesregierung im Sinne der Vereinfachung einen Baugesetzbuch-Entwurf vorlegen, oder wird sie, wie im Vorentwurf, eine Vielzahl unübersichtlicher Änderungsanträge einbringen? |
| 18. Abgeordneter
Ranker
(SPD) | Wieviel Zeit haben die Entwürfe, die Planspiele und die Beratungen der Ausschüsse und des Deutschen Bundestages beim Baugesetzbuch, seinen Novellen und beim Städtebauförderungsgesetz in Anspruch genommen, und wieviel Zeit stehen nach dem Terminplan der Regierung den interessierten gesellschaftlichen Gruppen, den Verbänden und Organisationen, den Städten und Gemeinden, den Ländern und dem Deutschen Bundestag vom Tage der Vorlage des Entwurfs bis zur Beschlußfassung zur Verfügung? |
| 19. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) | Werden nach dem Zeitplan der Bundesregierung die Bundestagsausschüsse die Stellungnahme des Bundesrates und die Gegenäußerung der Bundesregierung zum Entwurf vorliegen haben, wenn sie mit ihren Beratungen beginnen, oder geht die Bundesregierung davon aus, daß die Mehrheit des Deutschen Bundestages ihrem Entwurf zustimmt, ohne die Stellungnahme der Länder hinreichend berücksichtigen zu können? |

- | | |
|--|--|
| 20. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) | Wie viele Planspiele mit welchen Städten und Gemeinden in welchem Zeitraum kalkuliert der Terminplan der Bundesregierung für das Baugesetzbuch ein? |
| 21. Abgeordneter
Conradi
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß im vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über das Baugesetzbuch die bisher gewonnene Rechtssicherheit im geltenden Städtebaurecht zugunsten von Länderregelungen aufgegeben wird? |
| 22. Abgeordneter
Conradi
(SPD) | Mit welchen Instrumentarien sollen Gemeinden in Zukunft Konflikte zwischen städtebaulichen Zielen lösen, die sich bei den unterschiedlichen Fachplanungen der Raumordnung und der Bauleitplanung ergeben? |
| 23. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung die akuten Investitionshemmnisse, die entstehen, weil laut Bundesminister Dr. Schneider „die Leute bauen wollen, man sie aber nicht läßt“, und welchen baukonjunkturellen Effekt verspricht sich die Bundesregierung deshalb vom neuen Baugesetzbuch? |
| 24. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wird die Bundesregierung in ihrem Entwurf zum Baugesetzbuch die Bürgerbeteiligung bei der Bauleitplanung sichern und ausbauen und damit der Forderung vieler Fachleute, z. B. des Bundes Deutscher Architekten, dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung/Landschaftsbau und der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung entsprechen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 25 Abgeordneter
Kolbow
(SPD) | Welche Position hat die Bundesregierung zur Frage einer Repressalie bei chemischen Waffen, und haben andere Bündnispartner hierzu andere Positionen, wenn ja, welche? |
| 26. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in dieser Frage auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich die deutsche Rechtsauffassung zu gelten hat, oder welche Begründung hat sie, falls sie dies verneint? |
| 27 Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Teilt die Bundesregierung – oder wie widerlegt sie – unsere Auffassung, daß chemische Waffen in der Bundesrepublik Deutschland – sowohl Restbestände des Zweiten Weltkrieges, die immer wieder im Gelände aufgefunden werden, als auch überalterte Giftgasvorräte der USA in be- |

- wachten Lagern – in unserer Gesellschaft Besorgnisse um die Sicherheit unserer Bevölkerung ausgelöst haben, und daß der Mangel an Fortschritten in den Genfer Verhandlungen über die weltweite Abrüstung dieser Waffen einen politischen Handlungsbedarf zum Abzug der in unserem Lande gelagerten Bestände begründet?
28. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, daß binäre chemische Waffen zunächst in den USA produziert sowie gelagert und im Krisenfall nach Europa gebracht werden sollen?
29. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Welche Vorstellungen über politisches Krisenmanagement mit dem Ziel einer Deeskalation hat die Bundesregierung, wenn sie – wie Staatsminister Möllemann in Beantwortung meiner zweiten Zusatzfrage zu Frage 15 (Plenarprotokoll 10/165) – die in einer Krise eskalatorisch wirkende Verbringung von binären chemischen Waffen der USA nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland lapidar als Bestandteil der NATO-Konzeption bezeichnet?
30. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Vereinten Nationen regionale Abrüstungsmaßnahmen und -abkommen als Bausteine für weltweite Abrüstungsregelungen vorsehen, und welche Haltung mit welcher Begründung hat sie in diesem Lichte zur Frage von Verhandlungen über die Einrichtung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa?
31. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Würde bei einem Abzug der veralteten Giftgasbestände der USA vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland de facto eine chemiewaffenfreie Zone nur auf unserer Seite entstehen, oder welche chemischen Waffen der jeweiligen Bündnispartner würden dann noch in der Bundesrepublik Deutschland verbleiben, und was spricht dagegen, Vereinbarungen zu treffen, daß beim Abzug der chemischen Waffen der USA von der Bundesrepublik Deutschland auch die chemischen Waffen der Sowjetunion von der DDR und Polen abgezogen werden?
32. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Verl)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Antwort von Staatsminister Möllemann vom 17. Oktober 1985 auf meine Zusatzfrage zur zusammengefaßten Beantwortung der Fragen 25 und 26 (Plenarprotokoll 10/165) – „Gesprächspartner der Bundesregierung für Fragen, die im Bündnis zu konsultieren sind, sind die jeweiligen Partnerregierungen“ und nicht der SACEUR – konsequent auch auf Konsultationen über einen Dislozierungsplan für chemische Waffen anzuwenden, oder welche guten Gründe hätte sie, dies nicht zu tun?

33. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich in diesen Konsultationen gegen eine Dislozierung und gegen den Plan einer eventuellen Dislozierung von neuen binären chemischen Waffen der USA auf unserem Territorium auszusprechen, oder welche Begründung hat sie, falls sie diese Frage verneint?
34. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Auf welche Quellen stützt sich die Bundesregierung bei ihrer Beurteilung der Menschenrechtssituation in Paraguay?
35. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Rechtfertigen die der Bundesregierung vorliegenden Informationen die über dpa am 29. Oktober 1985 verbreitete Beurteilung des Bundesministers des Innern, daß es in Paraguay praktisch keine politischen Gefangenen mehr gebe und daß das dortige System „weniger diktatorisch“ sei als vielfach behauptet werde?
36. Abgeordneter
Dr. Müller (Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem asylberechtigten Herrn An San-Kun, der 1982 sein Studium in der Bundesrepublik Deutschland aufnahm und bei seiner Rückkehr Anfang Juli 1985 in Südkorea unter Spionageverdacht verhaftet wurde, die Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen?
37. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages zum Soltau-Lüneburg-Abkommen vom 13. März 1975 (Drucksache 7/3300), und welche konkreten Schritte gedenkt sie zu tun, um die in diesem Beschluß artikulierten zehn Forderungen an die Bundesregierung zu erfüllen?
38. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in Verhandlungen mit den Regierungen von Kanada, Großbritannien und Nordirland eine Ergänzung/Modifizierung des gemeinsamen Abkommens vom 3. August 1959 dahin gehend zu erreichen, daß die Forderungen der betroffenen kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften nach Einhaltung von Umweltschutz-, Natur- und Feuerschutzbestimmungen analog zu den auf Truppenübungsplätzen geltenden Bestimmungen sowie die Einführung von Schutz-/Pufferzonen in den Bereichen, in denen das Übungsgebiet bis unmittelbar an bewohntes Gelände heranreicht, zeitgemäß angepaßt werden?
39. Abgeordneter
Leonhart
(SPD)
- Welche konkreten Ergebnisse im Hinblick auf die Forderungen der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Bevölkerung im Übungsgebiet des Soltau-Lüneburg-Abkommens haben die Besuche von Staatssekretär Dr. Ermisch (Bundesministerium der Verteidigung) am 22. Mai 1985 und von Staatsminister Möllemann (Auswärtiges Amt) am 25. Oktober 1985 im Übungsgebiet erbracht, bzw. welche konkreten Ergebnisse sind danach zu erwarten?

40. Abgeordneter
Leonhart
(SPD)
- Worauf führt die Bundesregierung die unterschiedlichen Aussagen von Staatsminister Möllemann vom 30. Oktober 1984 (Drucksache 10/2297) und vom 22. August 1985 (Drucksache 10/3765) zurück, und wie bewertet sie in diesem Zusammenhang den Anstieg der angemeldeten Schadensfälle im Landkreis Soltau-Fallingb. von 2 504 im Jahr 1983 auf 2 625 im Jahr 1984 (siehe Aufstellung des Amtes für Verteidigungslasten Soltau vom 10. Januar 1985)?
41. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den nächsten Bericht der Bundesregierung zum Soltau-Lüneburg-Abkommen vorzulegen?
42. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in Verhandlung mit den Regierungen von Kanada, Großbritannien und Nordirland eine Ergänzung/Modifizierung des gemeinsamen Abkommens vom 3. August 1959 (sogenanntes Soltau-Lüneburg-Abkommen) dahin gehend zu erreichen, daß durch Aufnahme der Punkte Einhaltung einer Sommerpause im Übungsgebiet des Abkommens analog zu der Regelung auf den Truppenübungsplätzen Münster-Nord, Münster-Süd und Bergen, Einhaltung der deutschen Sonn- und Feiertage durch die übende Truppe im Übungsgebiet, die Forderungen der betroffenen kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Bevölkerung im Übungsgebiet erfüllt werden und auf diese Weise das Abkommen den zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen zeitgemäß angepaßt werden kann?
43. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die jüngsten Nachrichten aus Rumänien bestätigen, denen zufolge in den deutschsprachigen Klassenzügen deutsche Lehrkräfte nicht mehr Unterricht erteilen dürfen?
44. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung darauf geantwortet, als auf der Sitzung des UN-Rassendiskriminierungs-Ausschusses die Volksrepublik Polen erklärte, daß es keine deutsche Volksgruppe mehr gebe, denn alle Deutschen hätten Polen „nach eigenem freien Willen“ verlassen?
45. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung durch Beobachter beim Genfer Gipfel vom 19./20. November 1985 vertreten?
46. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Wann und in welcher Weise ist geplant, die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag über das Ergebnis des Gipfelgesprächs zu unterrichten?

47. Abgeordnete
**Frau
Eid
(DIE GRÜNEN)**
- Für welche Befreiungsbewegungen in welchen Ländern hat die Bundesregierung und hier insbesondere der Bundesminister der Verteidigung bisher humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt, um ein Zeichen der Sympathie für den Kampf der jeweiligen Bewegung zu setzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

48. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius
(SPD)**
- Warum hat der Bundesminister des Innern eine am 17. September 1984 gemeinsam vom Bundesminister des Innern und der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn durch Wissenschaftler kritisch gewürdigte Präsentation einer Studie von Frau Prof. Noelle-Neumann über „Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984“ vom Institut für Demoskopie Allensbach, mit einem Vorwort des Bundesministers des Innern versehen, jetzt veröffentlichen lassen, ohne daß die für eine Veröffentlichung vereinbarten Kommentare der Koreferenten Prof. Dr. Neidhardt und Prof. Dr. Ellwein, die die Ableitungen von Frau Prof. Noelle-Neumann zum Extremisten-Potential als wissenschaftlich unhaltbar und tendenziös bezeichnet hatten, in die Studie aufgenommen und publiziert wurden?
49. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius
(SPD)**
- Ist sich die Bundesregierung des einseitigen Charakters der Entscheidung zur Nichtveröffentlichung einer zur Publikation vorgesehenen fachwissenschaftlichen Kritik an einer als tendenziös gekennzeichneten Studie über das Extremismus-Potential bei jungen Leuten bewußt, und was wird sie gegen den Eindruck unternehmen, daß die Bundesregierung aus politischen Opportunitätsgründen den Rechtsextremismus verharmlost und den Linksextremismus dramatisiert bei einer insgesamt erheblich aufgeblähten Extremistenquote von 18,6 v. H. der Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren?
50. Abgeordneter
**Jaunich
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die wissenschaftliche Analyse der Extremismus-Studie von Frau Prof. Noelle-Neumann unter Prof. Dr. Neidhardt zum Ergebnis gekommen ist, daß „dieses Projekt nicht zu Nutz und Frommen der Sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung eingesetzt und durchgeführt“ worden sei, und daß „zentrale Aussagen“, die das Institut behauptet, als „unhaltbar erscheinen“, und daß „ihre Ableitung wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügt“, und warum verhindert die Bundesregierung die Veröffentlichung dieser Analysen unter dem Vorwand der Kostenersparnis?
51. Abgeordneter
**Jaunich
(SPD)**
- Sollte die Bundesregierung nicht wissen, daß das Bundesministerium des Innern selber als Auftraggeber der Extremismus-Studie mit Schreiben vom 25. Oktober 1983 eine „Bestimmung des

Extremismus-Begriffs" vorgegeben hatte, „die unter Zugrundelegung möglichst allgemein anerkannter Kriterien . . . , abzustimmen sei“ und dabei die einschlägigen „oberstrichterlichen Entscheidungen zu Parteiverboten und zur Zulassung zum öffentlichen Dienst“, wie auch das Verfassungsschutzgesetz, berücksichtigt haben wollte, während das Allensbacher Institut diesen Auftrag weder erfüllt noch einen wissenschaftlichen Beitrag für einen theoretisch abgesicherten Extremismus-Begriff geleistet hat?

52. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)

Welche politischen Absichten verfolgt die Bundesregierung mit der Veröffentlichung der allgemein als dubios klassifizierten Studie zum Extremismus-Potential unter jungen Leuten von Frau Prof. Noelle-Neumann, und ist mit der Veröffentlichung einer Verharmlosung rechtsextremistischer Einstellungen im Kontext ihrer Regierungspolitik zu sehen?

53. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Einschätzung, daß in der Allensbacher Studie das Störpotential von Extremisten „überdramatisiert“ (Neidhardt) werde, weil als Indikatoren für die Einordnung als „aktiver“ Extremist (dazu zählt Allensbach 70 v. H. der ermittelten Extremisten) demokratische Verhaltensweisen wie z. B. „Aufkleber ans Auto gemacht“, „einen Ansteckknopf getragen“, „versucht, Freunde und Bekannte von meiner politischen Einstellung zu überzeugen“, „bei einer genehmigten Demonstration mitgemacht“ verwendet werden, und 8 der 13 zur Feststellung eines „aktiven Extremisten“ angegebenen Indikatoren „zum normalen politischen Alphabet“ (Ellwein) in einer Demokratie gehören?

54. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu einer Meldung der Badischen Zeitung vom 15. Oktober 1985, Kreisseite Lörrach, daß der Bundesminister des Innern, Dr. Zimmermann, Zustimmung zur Flußkühlung beim Atomkraftwerk Kaiseraugst bei einem Gespräch am 9. Oktober 1985 signalisiert habe?

55. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)

Um wieviel Grad soll durch die Kühlung das Rheinwasser erwärmt werden?

56. Abgeordneter
Lutz
(SPD)

Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung in einem Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden mit dem Geschäftszeichen DI-211481/1 die Verfahrenskosten für Beamte und Exminister rückwirkend zum 1. Juli 1982 übernimmt, und wenn ja, gibt es einen vergleichbaren Vorgang in der Vergangenheit?

57. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Einkommensverhältnisse von Exministern so bedrängt sind, daß man zu besonderen Hilfen greifen muß?
58. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Liegt der politische Zweck der Veröffentlichung der „Extremismusstudie“ darin, dem Verfassungsschutz in dem Sinne zuzuarbeiten, den der Bundesminister des Innern in seinem Vorwort zur Noelle-Neumann-Studie beschreibt: „Empirische Untersuchungen über extremistische Einstellungspotentiale müssen die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden ergänzen“?
59. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Kritik des Soziologen Neidhardt an dem methodischen Vorgehen des Allensbacher Instituts bei der Bestimmung des Extremismusbegriffs, die er an folgenden Beispielen verdeutlicht (Zitat Neidhardt): „ich sehe nicht, daß Statements wie ‚Die nationalen Kräfte werden heute in der Bundesrepublik unterdrückt.‘ für Rechtsextremismus stehen und Sätze wie ‚Wir brauchen eine Partei im Bundestag, die links von der SPD steht.‘ als Indikator für Linksextremismus stehen“?
60. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Feststellung von Professor Ellwein, daß die vom Allensbacher Institut ermittelte doppelt so hohe Quote an Linksextremisten, 12,4 v. H. unter den Jugendlichen zwischen 6 und 25 Jahren gegenüber 6,2 v. H. Rechtsextremisten, dadurch zustande gekommen sei, daß im Blick auf Rechtsextremismus andere, härtere Indikatoren formuliert wurden als im Blick auf den Linksextremismus?
61. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Extremismusbegriff als Teil des Parteienstreits ein „politisch hochgezogener normativer Begriff“ (Neidhardt) mit Ausgrenzungsfunktion ist, und hält sie es vor diesem Hintergrund nicht für besonders geboten, bei einer empirischen Studie über das Extremismuspotential größtmögliche wissenschaftliche Genauigkeit zu verlangen?
62. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wie hoch ist die Auflage der Extremismusstudie, und welche Kosten sind dem Bund haushaltsmäßig durch die Veröffentlichung entstanden?
63. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Welche Kosten sind dem Bund als Auftraggeber der Extremismusstudie für die Voruntersuchungen und die Meinungsbefragung entstanden?

64. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Gefährdet die im Bundesrat am 18. Oktober 1985 angenommene TA Luft, nach der auch Ammoniakwerte gesenkt werden müssen, die Produktion der Düngemittelindustrie und damit Arbeitsplätze?
65. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Welche Kosten verursachen die technischen Einrichtungen, um die Ammoniakwerte auf 30 Milligramm/m³ zu senken, wenn derzeit zwischen 150 Milligramm/m³ und 500 Milligramm/m³ in der Düngemittelproduktion ausgestoßen werden sollen?
66. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß eine Verfügung der Grenzschutzdirektion Koblenz besteht, nach der im Grenzschutzeinzeldienst nur noch Teilzeitarbeitskräfte eingestellt werden sollen, und wie weit hält die Bundesregierung eine solche Verfügung im Hinblick auf die soziale Sicherheit der Betroffenen für vertretbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

67. Abgeordneter
Peter (Kassel)
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, für NATO-Angehörige in der Bundesrepublik Deutschland auch Benzingutscheine für bleifreies Benzin einzuführen?
68. Abgeordneter
Stahl (Kempen)
(SPD) In welcher Größenordnung wurden in den beiden letzten Jahren bei den den Oberfinanzdirektionen an der deutsch-niederländischen Grenze zugeordneten Zollfahndungsdiensten Überstunden im Bereich der Bekämpfung der Rauschgift- und Wirtschaftskriminalität abgeleistet, und wie fand der Ausgleich statt, durch Abfeiern oder Bezahlung?
69. Abgeordneter
Stahl (Kempen)
(SPD) Wäre es nicht sinnvoll, vor dem Hintergrund der steigenden Vergehen wegen Schmuggels, die Zollfahndungsämter der Grenzdienststellen personell zu verstärken, um die Durchschlagskraft der Dienststellen zu erhöhen und auch dem Verfahren von Überstunden zu begegnen?
70. Abgeordneter
Liedtke
(SPD) Welche Mittel aus welchen Haushaltstiteln sind bisher an die Firma Knigth-Wendling ausgezahlt worden, und welche werden noch bis Ende des Rechnungsjahres 1985 fällig?
71. Abgeordneter
Liedtke
(SPD) Wie viele Verträge mit welchen Auftragsthemen sind bis zum Stichtag 1. November 1985 mit der Unternehmensberatungsfirma Knigth-Wendling abgeschlossen worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

72. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wo liegen nach Meinung der Bundesregierung die Gründe dafür, daß die Nahrungs- und Genußmittelpreise von 1980 bis 1985 von allen europäischen Ländern, innerhalb und außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, in der Bundesrepublik Deutschland am wenigsten – in fünf Jahren um nur 16 v. H. – gestiegen sind?
73. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Import von Getreide-Substituten in die Europäische Gemeinschaft zu begrenzen, da dies doch eine Voraussetzung für jede mengenbegrenzende Maßnahme auf dem Getreidesektor ist?
74. Abgeordneter
Werner
(Dierstorf)
(DIE GRÜNEN)
- Welchen Anteil hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Vertragslandwirtschaft an der landwirtschaftlichen Produktion (Mengenanteil und Wert), und wie hoch ist der Anteil in den einzelnen Bereichen der landwirtschaftlichen Erzeugung (Zahl und Prozentsatz aufgeschlüsselt nach Betriebsgrößenklassen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

75. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die weit verbreitete Praxis, daß Anforderungen von Arbeitskräften, die öffentliche oder private Arbeitgeber der Arbeitsverwaltung zuleiten, häufig den Hinweis enthalten, der einzustellende Arbeitnehmer müsse den Wehr- bzw. Zivildienst abgeleistet haben?
76. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Was will die Bundesregierung tun, um die Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß diese Haltung ihnen zwar gewisse Unannehmlichkeiten erspart, im Ergebnis aber die Last der Verteidigung einseitig den Wehr- und Zivildienstpflichtigen auferlegt?
77. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedingungen, unter denen Arbeitnehmer, insbesondere ausländische, von Verleihfirmen illegal an Großunternehmen ausgeliehen, arbeiten müssen, wobei die primitivsten Sicherheitsbestimmungen außer Kraft gesetzt, Arbeitszeiten nicht eingehalten, sogar Löhne vorenthalten werden, wie sie von Günter Walraff in seinem Buch „ganz unten“ dokumentarisch belegt worden sind?

78. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, durch schärfere gesetzliche Regelungen und Straffestsetzungen die ungesetzlichen Praktiken von Verleihfirmen und Arbeitskraft-Hehlern in der Großindustrie wirksam zu bekämpfen und damit einen praktischen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten?
79. Abgeordneter
Ewen
(SPD)
- Unter welchen Voraussetzungen tritt nach dem Arbeitsförderungsgesetz bei einvernehmlicher Lösung eines Arbeitsverhältnisses mit einem älteren Arbeitnehmer eine Sperrfrist nach § 119 Arbeitsförderungsgesetz ein, wenn die einvernehmliche Lösung des Arbeitsverhältnisses erfolgt, um jüngere Arbeitskollegen vor der Entlassung zu bewahren?
80. Abgeordneter
Ewen
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Verhängung einer Sperrfrist für gerechtfertigt, wenn die einvernehmliche Lösung des Arbeitsverhältnisses im Rahmen eines Personalabbaus erfolgt, der zu erheblichen weiteren Freisetzen über einen Zeitraum von einem Jahr führt?
81. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie viele Eingaben hat der jetzige Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Behinderten seit seiner Berufung erhalten, was war der Inhalt der Eingaben?
82. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Hat die Bundesregierung aus dem Erwägungsbeschluß des Deutschen Bundestages vom 6. Dezember 1984 entsprechend der Empfehlung des Petitionsausschusses vom 24. Oktober 1984, wonach die Leistungen zu den Aufwendungen für die Beschaffung und Instandhaltung von Motorfahrzeugen für Kriegsbeschädigte nach der Durchführungsverordnung §§ 11 und 13 Bundesversorgungsgesetz an die Kostenentwicklung anzupassen seien (seit 1976 nicht mehr angepaßt), die notwendigen finanziellen Konsequenzen gezogen und entsprechende Mittel im Haushalt 1986 bereit gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

83. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Welche neuen und zusätzlichen Erkenntnisse hat die Bundesregierung durch die Teilnahme ihrer Vertreter und Wissenschaftler an dem im Sommer dieses Jahres in den USA durchgeführten wissenschaftlichen Symposium über den Pershing II-Unfall von Heilbronn erhalten?
84. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Welche Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze unserer im Bereich der Pershing II-Stationierungsorte gefährdeten Bevölkerung hat die Bundesregierung getroffen oder wird sie auf Grund neuerer Erkenntnisse treffen, und warum entziehen sich ihre Vertreter, insbesondere der Bundesminister der Verteidigung, der Diskussion mit den betroffenen Bürgern und ihren kommunalen Vertretern?

85. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen oder wie widerlegt sie unsere Auffassung, daß die gültige militärische Strategie der NATO keine der sogenannten nuklearen Schwelle entsprechende Schwelle für chemische Waffen vorsieht, und ist sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß derartige Vorstellungen auch keinen Eingang in militärische Konzepte des Bündnisses finden?
86. Abgeordneter
Lange
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß in der ersten Novemberhälfte 1985 Pershing II-Manöver in Rheinland-Pfalz durchgeführt werden?
87. Abgeordneter
Lange
(DIE GRÜNEN)
- Wenn ja, wie vereinbaren sich diese Aktivitäten mit Äußerungen von Bundesminister Dr. Wörner vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, daß die Pershing II so lange in dem jeweiligen Kasernengelände der Stationierungs-orte verbleiben, bis die Ursache des Unfalls von Heilbronn-Waldheide endgültig geklärt ist?
88. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten der USA, Ronald Reagan, daß die Verknüpfung eines strategischen Verteidigungssystems mit atomaren Offensivwaffen, die Seite, die über das strategische Verteidigungssystem verfügt, in Versuchung führen kann, „sich zu einem Erstschlag zu erdreisten“ (Interview US-Präsident Reagan mit der sowjetischen Zeitung „Istwestjya“ vom 31. Oktober 1985)?
89. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der durch die jüngste Äußerung des US-amerikanischen Präsidenten bestätigten Tatsache, daß die Verknüpfung eines System einer strategischen Verteidigungsinitiative mit dem verstärkten Ausbau von nuklearen Offensivwaffen eine destabilisierende Wirkung hat?
90. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es mit dem Gebot der parteipolitischen Zurückhaltung in der Bundeswehr vereinbar, daß ein in der WELT abgedruckter Meinungsartikel des Bundesministers Dr. Wörner mit dem Titel „Will die SPD unsere Abhängigkeit vom Osten?“ als „Sonderdruck für die Bundeswehr“ dienstlich an die Soldaten verteilt wurde, und wird sie zur Wahrung der Chancengleichheit der Opposition zulassen, daß ein entsprechender Artikel von Dr. von Bülow in einer der großen Tageszeitungen ebenfalls als „Sonderdruck für die Bundeswehr“ dienstlich an die Soldaten verbreitet wird?
91. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen im „Generalanzeiger Bonn“ und „Express“ vom 6. November 1985 über die Entwicklung einer wirksamen Technik zum Lärmschutz auf Standortschießanlagen zu, die besagen, daß das neue Verfahren zunächst nur auf der Bonner Schießanlage „Brüser Berg“ erprobt werden soll?

92. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung davon überzeugt, daß gerade am Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung die Lärmbelästigung durch Übungsschießen gravierender ist als bei allen anderen Schießanlagen in der Bundesrepublik Deutschland, oder gab es überragend wichtige Argumente gegen die Anwendung des Dringlichkeitsprinzips?
93. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß das Bundesministerium der Verteidigung das Theaterstück „Die Gewissensfrage“ in Begleitung von sogenannten Jugendoffizieren in Schulen während des Unterrichts aufführen läßt, und in welchen Bundesländern sind die Kultusminister vorher um ihre Zustimmung gebeten worden?
94. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Beabsichtigt der Bundesminister der Verteidigung, den Schulen weitere Unterrichtsmaterialien ohne vorherige Zustimmung des Kultusministers anzubieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

95. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Vergiftung von in der Bundesrepublik Deutschland produziertem bzw. importiertem Wein mit Natriumazid vor?
96. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN)
- Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, um sicherzustellen, daß in den Weinen, die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt werden bzw. importiert werden, die kriminelle Einbringung von Natriumazid entweder chemisch-analytisch ermittelt oder gänzlich ausgeschlossen werden kann?
97. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit von sozialpädagogischen Fan-Gruppen-Betreuern – vor allem im Bereich der Fußball-Bundesliga –, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Gründung und Betreuung von Fan-Clubs beispielsweise als „Modellversuche“ auch finanziell zu unterstützen?
98. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wie hat sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Einfluß von rechtsradikalen Gruppen auf die überwiegend friedlichen Fan-Gruppen der Fußball-Bundesliga-Clubs entwickelt, und welche Gegenmaßnahmen hält die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Bundesländern, Jugendorganisationen sowie den Fußball-Bundesliga-Clubs und dem Deutschen Fußballbund für erforderlich, um die Aktivitäten der gewalttätigen und politisch radikalen Minderheiten zu verhindern?

99. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Verfügen die Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland über aktuelle Listen von Adoptionsbewerbern aus dem räumlichen Umkreis der jeweiligen Stelle, um für schwangere Frauen den Kontakt mit solchen Ehepaaren mit dem Ziel einer späteren Adoption anbahnen zu können?
100. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welche Informationsmittel hat die Bundesregierung bisher für schwangere Frauen zur Verfügung gestellt, in denen sie für den Konfliktfall der sonstigen Notlagen-Indikation auf die Möglichkeit der Adoption hingewiesen und ihnen die rechtlichen und praktischen Voraussetzungen für eine Adoption erläutert werden, und sind solche Informationsmittel gegebenenfalls bei den Beratungsstellen verfügbar?
101. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung besonders nach der Debatte vom 7. November 1985 im Deutschen Bundestag z. B. den Versuch, eine Wiese, die das Schulzentrum Köln-Ostheim eingrenzt, weiträumig neu einzuzäunen und so die Benutzung der Wiese durch Roma- und Sinti-Familien zu verhindern?
102. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihre Ankündigung eines neuen Verhältnisses zu den deutschen Roma und Sinti dadurch unter Beweis zu stellen, daß sie auf Kölner Behörden einwirkt, die Einzäunung der Wiese, die seit langem von durchreisenden Roma- und Sinti-Familien benutzt wird, zu unterlassen, und im Gegenteil die Schule zu veranlassen, den Roma- und Sinti-Familien gutnachbarliche Unterstützung zu gewähren, z. B. durch die Benutzung der sanitären Anlagen der Schule für die Roma und Sinti?
103. Abgeordneter
Werner
(Dierstorf)
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Anteil von agrarindustriellen Massentierhaltungsbetrieben und von Lohnmästereien bei den Betrieben, die das verbotene Mittel eingesetzt haben (Anteil der Betriebe und Zahl der beschlagnahmten Kälber), und kann die Bundesregierung den Schutz der Verbraucher vor Fleisch, das mit gesundheitsgefährlichen Zusatzstoffen vergiftet ist, sichern, angesichts der Tatsache, daß die Konzentration in der Tiermast solche Praktiken begünstigt und daß ein solcher Skandal staatlicherseits hätte verhindert werden müssen, da schon mindestens seit Juni 1985 bekannt war, daß verbotene Hormone innerhalb der EG verwendet und illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt worden sind, und da 51 Kälbermastbetriebe und Schlachtereien mit dem Importeur in Verbindung standen, damit zu rechnen war, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland diese Wirkstoffe in großem Maßstab eingesetzt werden würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

104. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe waren maßgebend für die Entscheidung der Bundesregierung, den Bau der A 33 zwischen Landesgrenze Nordrhein-Westfalen/Niedersachsen und Bielefeld gegen den ausdrücklichen Willen der betroffenen Kommunen Borgholzhausen, Halle und Steinhagen, sowie des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und insbesondere der Landesregierung Nordrhein-Westfalen in den Entwurf des Bedarfsplans für Bundesfernstraßen aufzunehmen?
105. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Wie vereinbart die Bundesregierung ihre Entscheidung, den Bau der A 33 zwischen Landesgrenze Nordrhein-Westfalen/Niedersachsen und Bielefeld gegen den ausdrücklichen Willen des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen in den Entwurf des Bedarfsplans für Bundesfernstraßen aufzunehmen, mit ihrer Aussage vom 11. April 1985 in Drucksache 10/3169, daß gegen den ausdrücklichen Willen eines Bundeslandes kein Fernstraßenprojekt geplant bzw. gebaut wird?
106. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Deutsche Bundesbahn (DB) dazu veranlassen, Fahrpreismäßigungen für Kinder aus kinderreichen Familien nicht nur auf Schienenstrecken, sondern auch im Busverkehr einzuführen, und was haben die bisherigen Gespräche mit der DB darüber ergeben?
107. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, in den „quick-pick-Speisewagen“ der Deutschen Bundesbahn das Plastik-Wegwerf-Geschirr durch Porzellangeschirr zu ersetzen?
108. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wie viele der von den Teilnehmern an dem vom 28. bis 31. August 1985 stattgefundenen Deutschlandflug anzufliegenden Ziele in oder in unmittelbarer Umgebung von Wohngebieten lagen, und beabsichtigt die Bundesregierung, trotz der mit Flugrallies für die Bürger verbundenen Lärmbelästigung auch zukünftig Veranstaltungen dieser Art zu genehmigen?
109. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die jetzt nur über ausgedehnten Siedlungsgebieten (Bonn, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, München, Nürnberg, Stuttgart) geltende Mindestflughöhe von 600 Metern auf alle Städte und dichtbesiedelte Gebiete auszudehnen, und ist die Bundesregierung bereit, die generelle Mindestflughöhe von jetzt 150 Meter auf 300 Meter zu erhöhen?

Bonn, den 8. November 1985